

Köln

Streit um Nord-Süd-Bahn

Von Hendrik Varnholt, 14.03.12, 07:00h

In einem internen Papier haben Mitarbeiter der Stadtverwaltung schon im September die Kosten und den Nutzen der Nord-Süd-Stadtbahn detailliert dargestellt. Der Politik wurde bisher keine Beschlussvorlage unterbreitet: Das kritisieren CDU und FDP.

Köln - Die Planungen für eine Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen der Severinstraße und dem Bahnhof Rodenkirchen sind weiter fortgeschritten, als bislang bekannt: In einem internen Papier haben Mitarbeiter der Stadtverwaltung schon im September die Kosten und den Nutzen detailliert dargestellt. Gleichwohl hat die Verwaltung der Politik bislang keinen Beschlussvorschlag über die Teilinbetriebnahme unterbreitet. Politiker von FDP und CDU kritisierten dies am Dienstag scharf. Der Chef der FDP im Stadtrat, Ralph Sterck, sagte, es würden „zeitkritische Themen bei der Verwaltung ausgesessen und verschlamps“.

das südliche Teilstück der Nord-Süd-Stadtbahn vorzeitig in Betrieb zu nehmen. Mit einer Gesamtinbetriebnahme rechnen die Verkehrsbetriebe erst für das Jahr 2019: Mindestens so lange soll die Sanierung des zur Nord-Süd-Bahn gehörenden Gleiswechselbauwerks vor dem eingestürzten Stadtarchiv dauern. Die vorzeitige Nutzung des nördlich der Unglücksstelle gelegenen Abschnitts ist schon beschlossen.

Beschlussvorlage zur Teilinbetriebnahme Süd vorgelegt habe, greife seine Fraktion zur „Notwehr“. Der FDP war offenbar der schon im September des vergangenen Jahres verfasste Entwurf einer Beschlussvorlage zugespielt worden. Diesen veröffentlichte die FDP gestern und reichte ihn selbst zur Entscheidung für die nächste Ratssitzung ein. In dem Papier werden die für die Teilinbetriebnahme zusätzlich anfallenden Kosten auf 8,7 Millionen Euro beziffert. Jährlich falle zudem ein zusätzlicher Betriebsaufwand von rund 7,5 Millionen Euro an, heißt es in dem Dokument weiter. Die Verfasser listen Argumente für und gegen die Ausgabe auf.

Die Verwaltung zeigte sich erstaunt über den FDP-Antrag. Die Partei könne kein internes Papier der Verwaltung zur Abstimmung stellen, sagte eine Stadtsprecherin. Sie begründete dies etwa mit urheberrechtlichen Schwierigkeiten. Im Übrigen sei das Dokument in der Verwaltungsspitze nicht abgestimmt. Man arbeite noch immer an einer Kosten-Nutzen-Analyse.

Ähnlich wie die FDP kritisierte die CDU, dass noch kein Entscheidungsvorschlag vorliegt. Sie forderte die Verwaltung in einem Antrag auf, bis zur nächsten Ratssitzung eine Beschlussvorlage zur südlichen Teilinbetriebnahme vorzulegen. Die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Susana dos Santos Herrmann, allerdings riet zu genaueren Prüfungen: Es sei etwa noch unklar, ob sich die Teilinbetriebnahme nicht günstiger realisieren lasse.